

1. Kampf gegen Rechts in den Betrieben und in der Gesellschaft

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Auf unseren Schulhöfen tauchen Hakenkreuzschmierereien auf. Unsere jüdischen Mitbürger*innen werden auf offener Straße angegriffen. AfD-Politiker skandieren SA-Parolen auf Parteiversammlungen:

Fast jeden Tag passieren in Deutschland Dinge, die unsere Vorfahren Anfang der 30er Jahre erleben mussten.

Wir alle kennen diese schrecklichen Déjà-Vu-Erlebnisse.

Liebe Freundinnen und Freunde

79 Jahre nach dem Ende des Faschismus erleben wir eine schaurige Wiederauferstehung von Faschismus und Rechtsextremismus: in unseren Parlamenten, auf den Straßen und leider auch in den Betrieben.

Das Unsagbare ist wieder salonfähig geworden.

Ihr als VVN-BdA und wir als Gewerkschaften warnen seit Jahrzehnten:

Wir dürfen nicht vergessen! Nie wieder Faschismus!

Nie wieder rechter Terror!

Es geht nicht darum, dass wir uns als Cassandra-Ruferinnen bestätigt fühlen.



Es geht uns darum, unsere Demokratie zu verteidigen!

Es geht um unsere grundlegenden Werte, die von den Rechten angegriffen werden: Respekt, Toleranz und Menschenwürde.

Es geht um Menschenleben!

Wir erleben eine neue Welle der Gewalt. Politiker*innen werden im Wahlkampf tätlich angegriffen. Der Europa-Spitzenkandidat der SPD in Sachsen musste nach einem Angriff notoperiert werden.

Wer Menschen im Wahlkampf krankenhausaufreife prügelt, prügelt unsere Demokratie krankenhausaufreife.

Gegen solche Barbarei müssen wir aufstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese Verbrechen müssen geahndet werden.

Längst haben die rechten Schläger eine rote Linie überschritten.

Schon bevor sie ihre Faust erhoben haben!

Schon durch die ganzen schmutzigen Drohungen gegenüber Andersdenkenden, Menschen mit anderer Hautfarbe oder Herkunft haben sie die Grenzen von Respekt und Anstand weit hinter sich gelassen.

Eigentlich demaskieren sie sich selbst.

Aber das reicht nicht! Leider!

Wir, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und unser Rechtsstaat müssen die demaskieren!

Wir müssen unmissverständlich kommunizieren:

Nie wieder ist Jetzt!

Wir sind die demokratische Mehrheit!

Wir zeigen Demokratiefeinden die rote Karte!



Gewerkschaften sind zu jeder Phase der Geschichte gegen Unfreiheit und Unterdrückung aufgestanden.

Auch 2024 sind wir gefordert, unsere Demokratie zu verteidigen!

Das gilt gegenüber dem Rechtsextremismus in ganz Europa, es gilt auch an jedem Ort im Land, wo Menschen aus rassistischen Motiven gedemütigt werden.

Es gilt für Erinnerungsorte wie hier genauso wie in der Fabrikhalle und im Büro.

Als Gewerkschaften stehen wir für Respekt und Solidarität!

Wir werden unsere Demokratie immer schützen!

Damit haben wir den Rechtsextremen schon viel Wind aus den Segeln genommen. Aber wir müssen natürlich weiter machen. Deshalb nochmal danke für die Veranstaltung heute!

Dieser Tage wurde das Grundgesetz 75 Jahre alt.

Seit 75 Jahren ist es das Wertefundament, auf dem die Bundesrepublik steht.

Das ist ein Grund zum Feiern!

Es ist die beste Verfassung, die Deutschland je hatte.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben kluge Mechanismen eingebaut, die unsere Demokratie vor faschistischen Umsturzversuchen schützen.

Sie haben uns aber auch ins Stammbuch geschrieben, alles dafür zu tun, dauerhaft demokratische Mehrheiten zu sichern und die Rechten klein zu halten.

Vor dieser Nagelprobe stehen wir jetzt – am 9. Juni und nochmal in besonderer Weise bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

Wie begeht man das Grundgesetz-Jubiläum angemessen?
Staatstragende Reden bei feierlichen Empfängen zu halten, ist eine Form.

Aber ist das unsere Aufgabe als Gewerkschaften?
Definitiv nicht.

Wir erfüllen unseren demokratischen Auftrag, indem wir unseren ureigenen Auftrag erfüllen:
Das ist der Kampf gegen Ungerechtigkeit!
Das ist der Kampf gegen eine aberwitzige Vermögensungleichheit in unserem Land!
Das ist der Kampf gegen Armut, gegen Arbeitslosigkeit und gegen Perspektivlosigkeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
diesen Kampf zu kämpfen – dafür sind wir auf der Welt!
Das ist unsere Mission. Im Betrieb, auf der Straße und auf der politischen Bühne!
Wir sind die große demokratische überparteiliche Massenorganisation, die die Dinge beim Namen nennt.

Unser Auftrag ist es, den Schwachen eine Stimme zu geben!
Wir reden Klartext für die, die sich keine teuren Wirtschaftsanwälte leisten können.
Wir sind die Stimmer der vielen.
Wir sind die Stimme für soziale Sicherheit, Sozialstaat und Solidarität!

Wir verschweigen oder bemänteln nichts:



Denn der Unmut der arbeitenden Menschen in diesem Land ist vielfach nur allzu berechtigt.

Wer nicht weiß, wovon er die nächste Mieterhöhung bezahlen soll, ist zurecht verunsichert.

Wer von seinem Arbeitgeber die Kündigung bekommt, weil der Betrieb ins Ausland verlagert wird, ist zurecht wütend.

Wer keine verlässliche Kinderbetreuung hat und deshalb permanent auf Einkommen verzichtet, ist zurecht verzweifelt.

400.000 Frauen und Männer hängen in Baden-Württemberg im Niedriglohnsektor fest. Trotz Vollzeitarbeit.

Ich will euch nicht mit Zahlen bombardieren.

Man muss kein Mathegenie sein, um zu wissen:

Niedrige Löhne bedeuten noch viel niedrigere Renten im Alter!

Die Menschen machen sich Sorgen um ihre Rente,

viele machen sich Sorgen, wie lange sie noch arbeiten können, ob sie die Rente überhaupt gesund erreichen.

Deshalb in aller Deutlichkeit:

Die wirtschaftlich prekäre Lage vieler Menschen macht es den Rechtspopulisten, macht es den Faschisten leicht:

Ihre Angriffe auf unser Wirtschaftssystem und auf die parlamentarische Demokratie fallen auf fruchtbaren Boden.

Gerade bei jungen Menschen, die das Vertrauen in die Institutionen verloren haben, die verzweifelt nach Anker suchen, die ihnen Halt geben.

Da hilft es nur bedingt, darauf hinzuweisen, dass man nicht nach unten, auf die noch Schwächeren, treten soll.



Solange die, die gesellschaftlichen Anstand predigen, ihn nicht vorleben.

„Mehr Geld, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“ – das war unser Motto zum 1. Mai.

Damit haben wir vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen.

Mehr Respekt für Menschen, die ihre Brötchen richtig hart verdienen müssen!

Wir brauchen Lösungen für die Probleme der Menschen. Es braucht Respekt für harte Arbeit!

Vielen Eltern stehen gerade Kopf – weil Kitas ihre Betreuungszeiten drastisch kürzen.

Wir brauchen mehr Geld, mehr Investitionen in gute Kitas und gute Bildung!

Wir brauchen eine verlässliche gesetzliche Rente.

Denn sie ist das Fundament unseres Sozialstaates.

Wenn sie nicht mehr reicht, kommen wir auf eine extrem schiefe Ebene.

„Rente muss reichen! Und sie kann auch reichen! “

Dafür müssen die richtigen Weichen gestellt werden.

Und damit meine ich nicht die Aktienrente, sondern eine faire Lastenverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Auch die Rentenfrage ist eine Verteilungsfrage.

Nicht der Sozialstaat lähmt uns.

Es ist vielmehr die Zögerlichkeit in der Politik, die drängende Zukunftsaufgaben ungelöst lässt.



Egal wo man hinschaut, an allen Enden fehlt es an Investitionen.

Baufällige Brücken, chronisch verspätete Züge, unwürdige Schultoiletten, viel zu wenig Pflegeplätze – all das macht den Alltag vieler Menschen unnötig schwer.

Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse, sie ist eine Zukunftsbremse.

Jeder Euro, der heute investiert wird, bringt uns morgen mehr Wohlstand.

Es ist absoluter Wahnsinn in Zeiten der Transformation den Sparkurs aufrechtzuerhalten.

Die Zukunft Deutschlands wird damit aufs Spiel gesetzt.

Unsere Betriebsräte machen Druck für eine nachhaltige und klimafreundliche Produktion – hier in Deutschland.

Gerade im Wandel brauchen Menschen mehr Sicherheit.

Das heißt für uns Gewerkschaften: eine zukunfts feste soziale Sicherung, die den Menschen Halt gibt.

Die Konzepte liegen auf dem Tisch: bei der Rente, bei der Reform der Schuldenbremse, bei der Steuerpolitik. Umverteilung heißt das Zauberwort - und das von oben nach unten und nicht andersherum!

2. Frieden

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Dieser Veranstaltungsort ist Mahnung:

Welche Botschaft können uns die Toten vermitteln?

Sie ist denkbar einfach.

Die Welt braucht Frieden.

Es klingt wie eine rhetorische Übertreibung, aber es ist leider eine Tatsache:

So nah am Abgrund stand die Menschheit noch nie.

Noch nie waren die Waffenarsenale so vernichtungsmächtig.

Der Krieg hat sich in Europa festgesetzt.

Seit mehr als 800 Tagen kämpfen die Ukrainer gegen die russischen Invasoren.

Schon zu Kriegsbeginn im Frühjahr 2022 hat uns ein kluger Friedensforscher auf einer DGB-Konferenz vorausgesagt:
Die Russen sind zu schwach, um die Ukraine im Handstreich einzunehmen.

Die Ukrainer sind zu schwach, um Putins Truppen hinter die Grenze zurückzudrängen.

Seitdem erleben wir einen blutigen Stellungskrieg.

Wie kann das Töten und Sterben beendet werden?

Wie kann ein dauerhafter Frieden gelingen und ein neuer Bürgerkrieg in der Ukraine vermieden werden?

Wenn die Antworten einfach wären, würden die Waffen schon längst schweigen.

Aber solange Russland sich nicht aus der Ukraine zurückzieht, wird es keine einfachen Lösungen geben.

Wir Gewerkschafter*innen dürfen uns nicht mit einem allein aufs Militärische verengten Denken zufriedengeben.

Wir sind Teil der Friedensbewegung.

Wir wissen: Durch mehr und mehr Rüstung wird die Welt nicht friedlicher.

Wir müssen weiterdenken: Wie können Sicherheit und Stabilität jenseits einer Abschreckungslogik gewährleistet werden?

Wir machen uns Gedanken, wie könnte ein Frieden in Europa aussehen, der nicht geprägt ist von Nationalismus und Misstrauen?

Welche Wege gibt es für Verständigung und faire Vereinbarungen?

Das ist ein Prozess.

Die zarten Pflänzchen, die er hervorgebracht hat, dürfen nicht sofort zertreten werden.

Aber damit sie wachsen können, braucht es die Bereitschaft aller, sich auf diesen Prozess einzulassen.

Da geht es nicht um die Frage: Taurus-Export ja oder nein.

Da muss es um Grundsätzliches gehen.

Nein, ich habe nicht der Weisheit letzten Schluss.

Es gibt nicht die absoluten Antworten.

Aber als Gewerkschaft, als Friedensbewegung, müssen wir den Auftrag annehmen, die Perspektiven für Frieden auszuloten: realistisch und undogmatisch.

Als deutsche Friedensbewegung müssen wir auch der Bundesregierung kritisch auf die Finger schauen.

Über Jahrzehnte gab es die klare Leitlinie: In Krisengebiete exportiert Deutschland keine Waffen.

Dann kam die „Zeitenwende“.

Dann kam der 7. Oktober und die neue Eskalation in Nahost. Deutschland unterstützt die Ukraine im Kampf gegen das Putin-Regime, Deutschland unterstützt Israel im Kampf gegen den Hamas-Terror.

Solidarität gegenüber Angegriffenen ist wichtig und gehört zu unserem Selbstverständnis.

Aber wo liegt die Grenze der militärischen Unterstützung?
Die Antwort auf diese Frage dürfen wir uns nicht leicht machen.

Jeder Euro, der für Rüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle dringend: für die Bildung, für den Klimaschutz, für Integration und in der Wohnungspolitik.

Was bringt es, in den Wettlauf von immer mehr Rüstungsausgaben einzusteigen?

Sollten wir unsere Ressourcen nicht besser anders einsetzen als für klimaschädliche Waffensysteme?

Wie viele soziale Verwerfungen wollen wir uns noch leisten, bevor wir in eine gute Zukunft für alle investieren?

Die Zeit drängt.

Aber ich bin Realist: Als Mahner für Frieden und Völkerverständigung brauchen wir einen langen Atem.

Wir müssen reden, überzeugen, Verbündete gewinnen.
Über Grenzen hinweg.



Wir müssen dem Säbelgerassel mit Solidarität und Dialog begegnen.

Dann können wir die Herzen der Menschen gewinnen.
Eure wunderbare Ehrenpräsidentin Esther Bejarano war eine große Bewunderin von Heinrich Heine.
Ich möchte euch einen Satz von Heine, den Esther sehr geliebt hat, mit auf den Weg geben:
„Die [...] Zeit ist gekommen, wo die Völker nicht mehr nach Köpfen gezählt werden, sondern nach Herzen.“

<https://www.auschwitz-komitee.de/5249/esther-bejarano-wir-sind-da-meine-befreiung-im-mai-1945-und-meine-hoffnungen/>